Besenhorst im Jahre 1919. Ein kleiner Ort im Kreis Herzogtum Lauenburg, nahe bei Geesthacht an der Elbe gelegen. Ein typisches Arbeiterdorf. Besenhorst hat eine kleine 2klassige Schule, ein rotes Backsteingebäude, wie man es hier überall in der Gegend findet.

Die Schule ist in Aufruhr. Am 17. November 1919 betritt der Lehrer Lesenberg wie üblich seine Klasse. Doch lassen wir ihn selbst berichten:

„Als ich an diesem Tag in die Klasse kam, stand ein Fortbildungsschüler mit dem Kaiserbild in der Tür. Ich: Wer hat das Bild abgenommen? Keine Antwort. Wiederholung der Frage. Schweigen. Ich: Sie haben das Bild in der Hand, müssen doch wissen, wer es abgenommen. Weiß ich nicht. Ich fragte dann die Klasse, bekam auch keine Antwort. Ich: Sie haben kein Recht, das Bild abzunehmen, oder haben Sie Auftrag dazu? Nein. Ich: Gut, dann hängen Sie das Bild wieder an. Eine Stimme: In der Gemeindevertretung ist es doch beschlossen. Ich: Damit haben Sie noch kein Recht, es abzunehmen. Jetzt gehe ich hinaus und lasse Ihnen einige Minuten zum Nachdenken, ob Sie nun sagen wollen, wer das Bild abgenommen hat und ob Sie es wieder anhängen wollen. Nach meiner Rückkehr. Wollen Sie es mir jetzt sagen? Eine Stimme: Wat schall de Michel dor noch hängen! Ich: Halt! Nicht weiter! Wir sind nicht hier, um Politik zu treiben. Jetzt können Sie gehen, ich unterrichte nicht mehr. Dann müssen wir alle nach dem Gemeindevorsteher.

Wie mir heute von einem Besucher der gestrigen Protestversammlung gegen mich mitgeteilt wurde, sind die Fortbildungsschüler zu dieser Handlung aufgehetzt.“[1]

Was war geschehen?

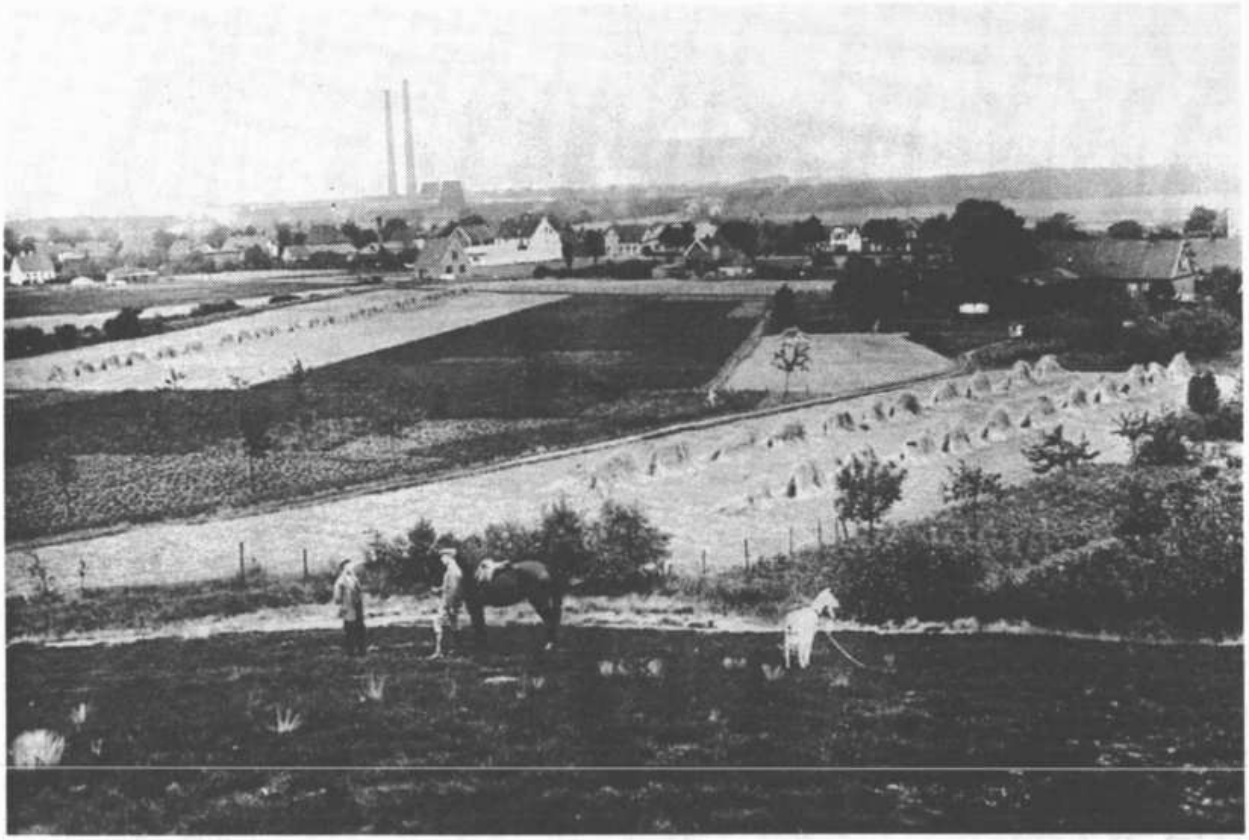
Wolfgang Blandow „Wat schall de Michel dor noch hängen!“

Ein Kaiserbild, ein Schulstreik und ein unbeliebter Lehrer

Schleswig-Holstein heute

[1] LAS 309/28362; Schreiben des Lehrers Lesenberg v. 25. 11. 1919.

Blick auf die Ortschaft Besenhorst in den zwanziger Jahren. Im Hintergrund sieht man die Pulverfabrik Düneberg. Das Gelände der Pulverfabrik wurde 1928 nach Besenhorst eingemeindet und trug danach den Namen Düneberg. Heute ist Düneberg ein Stadtteil von Geesthacht (Foto: Hinzmann).



[2] Stadtarchiv Geesthacht, Bestand V/20.

In der Ortschaft Besenhorst haben die Sozialdemokraten bei der Wahl zur Gemeindevertretung am 2. März 1919 einen überwältigenden Sieg errungen. 7 der 9 Gemeindevertreter sind nun Sozialdemokraten, während in den 10 Jahren vorher, zur Zeit des Dreiklassenwahlrechts, nur 1 Sozialdemokrat in der Gemeinde die Belange der Arbeiter vertreten konnte. Am 13. Mai 1919 wählt die neue Gemeindevertretung den im benachbarten Wentorf lebenden Sozialdemokraten Hugo Otto Zimmer zum Gemeindevorsteher.

Besenhorst hat zu der Zeit, über die hier berichtet wird, etwa 1500 Einwohner. ⅘ von ihnen sind Arbeiterfamilien. Die ursprünglich bäuerliche Bevölkerung des Ortes macht nur noch einen geringen Prozentsatz der im Ort lebenden Menschen aus. Beschäftigung haben die Arbeiter bis zum Ende des 1. Weltkrieges vor allem in der an den Ort angrenzenden Pulverfabrik der Köln-Rottweil-AG in Düneberg gefunden.

In ihrer Sitzung am 13. August 1919 beschließt die Gemeindevertretung auf Antrag des zum Jahresende 1918 neu gewählten Elternrats, die Kaiserbilder in der Schule zu entfernen. Außerdem soll der Elternrat um Vorschläge für eine anderweitige Ausschmückung der Klassenräume ersucht werden.[2] Dieser Beschluß wird Lesenberg wenige Tage später vom Gemeindevorsteher mitgeteilt; der Lehrer ignoriert ihn allerdings.

Lehrer Lesenberg:

„Ich reagierte nicht darauf, weil die Gemeindevertretung nicht meine vorgesetzte Behörde ist. In der Oktobersitzung des Schulvorstandes sagte Herr Zimmer, die Kaiserbilder müssen jetzt

Die Schule von Besenhorst, die 1904 erbaut worden war. Sie bestand aus zwei Klassenräumen im Parterre und zwei Lehrerwohnungen im ersten Stock. Hinter dem Gebäude befanden sich noch Wirtschaftsgebäude und Stallungen, weil ein Lehrer neben seiner Tätigkeit noch Landwirtschaft betrieb und Vieh hielt (Aufnahme wahrscheinlich um 1910).

Klassenraum in der Schule Besenhorst. Hier hing auch das umstrittene Kaiserbild (Aufnahme von 1920 – Foto: K. Gruber).

auch aus der Schule raus. Ich fragte ihn warum? und erhielt die Antwort, weil es der Kultusminister angeordnet habe. Ich: Die Verfügung kenne ich. In derselben steht aber nicht, daß ich sie abnehmen soll. Als Laie erlaube ich mir kein Urteil darüber, ob die Bilder künstlerischen Wert haben oder nicht. Er: Das ist Kitsch, der muß heraus. Wir wollen unseren Kindern nur das Beste bieten. Ich: Gute Bilder sind jetzt aber sehr teuer. Er: Dann müssen die Wände kahl bleiben. Ich wiederhole nochmals, daß ich sie nicht abnehme. Er: Dann lasse ich sie abnehmen. Ich: Tun Sie das, ich mache es nicht. Sie bleiben aber bis zum 17. November hängen."[3]

Die Argumente, mit denen der Lehrer sich weigert, dem Willen der Gemeindevertretung und der Eltern zu folgen, sind vorgeschoben. Ihm passen die veränderten politischen Verhältnisse in seiner Heimatgemeinde Besenhorst nicht. Ihm gefällt auch nicht, daß Eltern und Gemeindevertretung plötzlich von den ihnen durch die neue Reichsverfassung garantierten Mitwirkungsrechten am öffentlichen Leben Gebrauch machen und sich um die schulische Erziehung der Kinder zu kümmern beginnen. Er ist deshalb nicht in der Lage, das eigenmächtige Handeln der Schüler zu akzeptieren und lehnt eine Fortsetzung des Unterrichts ohne die Kaiserbilder an den Wänden der Klassenzimmer ab.

Diese Weigerung des Lehrers empört die Eltern so sehr, daß sie beschließen, die vorgesetzte Schulbehörde um Entfernung des Lehrers aus Besenhorst zu ersuchen. Wenn diese nicht darauf eingeht, soll den Forderungen der Eltern mit einem Schulstreik Nachdruck verliehen werden. Am 27. November 1919 legt der Vorsitzende des Elternrats, Treis, dem Kreis-

[3] LAS 309/28362; Schreiben des Lehrers Lesenberg v. 25. 11. 1919.

schulinspektor in Ratzeburg eine Protestresolution der Besenhorster Bevölkerung vor. Für den Fall ihrer Ablehnung soll am 6. Dezember 1919 der Schulstreik beginnen.

„Die am 24. November 1919 von etwa 600 Männern und Frauen Besenhorsts besuchte öffentliche Volksversammlung hat einstimmig beschlossen:

Wir fordern von der Regierung Absetzung des Lehrers Lesenberg vom Vorsitz im Schulvorstand Alt-Besenhorst und Amtsenthebung ohne Pension. Er hat trotz Verfügung des Kultusministers und trotz des Beschlusses der Gemeindevertretung die Kaiserbilder nicht entfernt, er hat den Fortbildungsschulunterricht eingestellt, als die Schüler das Bild von der Wand nahmen. Er genießt als Lehrer nicht das Vertrauen der Bevölkerung. Die Kinder haben Angst zur Schule zu gehen. Die Behandlung der Kinder wird vielfach von den Eltern als Mißhandlung aufgefaßt. Die Bevölkerung ist seit langem in größter Erregung. Die Eltern beschließen einstimmig, ihm ihre Kinder nicht mehr anvertrauen zu können. Sie werden ihre Kinder nicht mehr zur Schule schikken, wenn diese Forderungen nicht innerhalb 8 Tagen erfüllt werden.

Der Elternrat
i. A. C. Treis"[4]

Wenige Tage später schwächt der Elternrat seine Forderung auf sofortige Amtsenthebung des Lehrers in einem Telegramm an das Regierungspräsidium in Schleswig etwas ab. In Anerkennung der zeitlichen Schwierigkeiten für die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens fordert der Elternrat jetzt nur noch seine sofortige Beurlaubung. Andernfalls soll der Schulstreik am 9. Dezember beginnen.Bei Ignorierung des Elternwillens wird die volle Verantwortung für die weitere Entwicklung der Regierung angelastet.[5]

Die Regierung trifft allerdings vorerst keine klare Entscheidung. Statt dessen entsendet sie am 6. Dezember den Kreisschulinspektor Schöppa nach Besenhorst, der den Elternrat und den Lehrer Lesenberg zu dem Streit anhören soll. Bei dieser Anhörung bringt der Vorsitzende des Elternrats noch einmal zum Ausdruck, daß sich ein Lehrer den demokratisch gefaßten Beschlüssen der Elternschaft beugen müsse, weil es sonst keine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule geben könne. Außerdem bietet er an, von dem Schulstreik abzusehen, wenn die Regierung im Sinne der Eltern entscheidet und Lesenberg aus Besenhorst entfernt wird.[6]

Da aber auch nach dieser Anhörung vor Ort von der Regierung keine Reaktion kommt, telegrafiert der Elternrat am 9. Dezember wiederum nach Schleswig:

„elternschaft fordert erneut sofortige beurlaubung lesenbergs. ersucht drahtliche antwort wann entscheidung zu erwarten. beschließt einstimmig bis dahin vertagung des schulstreiks."[7]

Zwischenzeitlich hatte sich auch die konservative Heimatpresse zu den Vorgängen in Besenhorst geäußert. In ihrer Ausgabe vom 4. 12. 1919 übernahmen die „Schwarzenbeker Nachrichten" im wesentlichen die Argumente des Lehrers. Seine Weigerung, den Unterricht fortzusetzen, begründeten

[4] LAS 309/28362; Schreiben des Elternrats Besenhorst v. 27. 11. 1919.
[5] LAS 309/28362; Telegramm des Elternrats v. 2. 12. 1919.
[6] LAS 309/28362; Anhörung des Herrn Treis v. 6. 12. 1919.
[7] LAS 309/28362; Telegramm des Elternrats v. 9. 12. 1919.

sie damit, daß nicht nur der eine Schüler sich geweigert habe, das Kaiserbild an seinen Platz zurückzuhängen, sondern daß sich die übrigen Schüler, die, wie sich die Zeitung ausdrückte, *„zweifellos vorher in geeigneter Weise instruiert worden waren, sich mit dem renitenten Kameraden solidarisch erklärt hätten"*. Und die wirklich Schuldigen hatte die Zeitung auch schon ausgemacht. Im zweiten Teil des Artikels steht es geschrieben:

„Statt nun die Schüler anzuweisen, sich in der Schule gebührend aufzuführen, benutzt die Besenhorster Sozialdemokratie unter Führung des Gemeindevorstehers Zimmer dieses Verhalten des Lehrers, für das gewiß zahlreiche Leser dieses Blattes volles Verständnis haben dürften, um den Lehrer zum Verbrecher zu stempeln, der mit seiner Familie ins Elend gestoßen werden müßte. Ist das die Bildungsfreundlichkeit und Toleranz der Sozialdemokratie? Und dabei handelt es sich um einen Lehrer, der vor einem Jahr in Besenhorst sein 25jähriges Ortsjubiläum feiern konnte und bei dieser Gelegenheit von der Gemeinde und dem Schulvorstande in geradezu vorbildlicher Weise geehrt wurde."

Die Regierung in Schleswig verhält sich letzten Endes ablehnend gegenüber den Forderungen des Besenhorster Elternrats, was dieser mit Unwillen und Unverständnis zur Kenntnis nimmt. Am 19. 12. 1919 teilt er deshalb der Regierung mit, daß der Schulstreik in Besenhorst am 18. 12. begonnen hat. Gleichzeitig macht er keinen Hehl aus seiner Enttäuschung über das Verhalten der aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Regierung. Was die Besenhorster Eltern übersehen, ist, daß sich die von ihnen begrüßte Demokratisierung und der politische Neuanfang, den sie nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs in ihrer Gemeinde durchgesetzt haben, in den Schleswiger Amtsstuben nicht oder nur unzureichend vollzogen haben und daß sie aus dem Grunde von dort her nicht viel anderes als Zögern und Ablehnung erwarten konnten.

„Wir sehen in der Art, wie die Regierung unsere ernst gemeinten Forderungen abweist, das Zeichen mangelnden Vertrauens zwischen Regierung und Bevölkerung.

Wir haben eine höhere Verantwortung vor unseren Kindern und der Jugend der Gegenwart und fordern daher erneut mit aller Bestimmtheit sofortige Befreiung von dem Lehrer Lesenberg. Es ist uns ganz gleichgültig auf welche Bestimmungen, Paragraphen und dergleichen Bezug genommen werden kann. Solche Rücksichten dürfen lebenden Kinderseelen gegenüber nicht mehr angwandt werden. Es ist der Regierung ja früher nie schwer geworden, von dem Vertrauen der Bevölkerung getragene Männer aus den Schulvorständen auszuweisen, wenn sie Sozialdemokraten waren. Es ist der Regierung auch nie schwer gefallen, eingreifende Veränderungen vorzunehmen, Lehrer disziplinarisch zu entlassen, wenn sie sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig waren. Warum sollte die Regierung nicht auch jetzt Wege finden, wenn dadurch dem höher zu stellenden Wohl einer großen Zahl von sonst gefährdeten Kindern Rechnung getragen werden kann.

Wir berufen uns auf das Programm des Ministerialdirektors

Jahnke, das er letzthin in der preussischen Landesversammlung entwickelte: – Wir wollen eine Schule schaffen, die von den Eltern Vertrauen genießt und unsere Jugend einer besseren Zukunft entgegenführt –.
Die Eltern übernehmen daher alle Verantwortung und tragen alle Folgen und handeln dabei in Übereinstimmung mit dem überwiegenden Teil der ganzen Bevölkerung, die hinter ihnen steht. Wir machen die Regierung auf die Folgen aufmerksam und fühlen unser Gewissen frei, weil wir lediglich das Wohl unserer Kinder im Auge haben und die stehen uns höher als behördliche Vorschriften. Dafür waren die Verhältnisse in Besenhorst jahrzehntelang schlecht genug, um jetzt noch von uns verlangen zu können, daß wir noch weiter diese Zustände dulden werden."[8]

Erst mehrere Wochen nach Beginn des Schulstreiks lenkt die Schulbehörde in Schleswig ein und versucht, den Konflikt mit den Eltern gütlich beizulegen. In einem Schreiben vom 13. 1. 1920 stellt sie einen Besuch des Bezirksschulrats in Besenhorst in Aussicht, um die Angelegenheit vor Ort zu besprechen und die Leistungen des Lehrers Lesenberg zu überprüfen. Außerdem fordert sie den Elternrat auf, die Kinder bis zur Entscheidung in der Sache wieder zur Schule zu schicken, da sonst der Bildungsstand der Schüler nicht beurteilt werden könne. Dem Schulvorstand von Besenhorst wirft sie vor, daß es schon lange seine Pflicht gewesen sei, die Regierung über die Mißstände an der Besenhorster Schule zu informieren.[9]

Im Vorwurf gegen den Schulvorstand der Schule Alt-Besenhorst sind sich Behörde und Eltern einig. In seiner Antwort macht der Elternrat der Regierung noch einmal klar, daß es den Eltern erst unter den veränderten politischen Verhältnissen überhaupt möglich sei, Protest gegen mißliebige Lehrer an höherer Stelle vorzubringen:
„Warum früher Klagen bei der Regierung nicht vorgebracht worden sind, fällt dem Schulvorstande zur Last. Wir stimmen hierin mit der Regierung überein, daß es längst Pflicht des Schulvorstandes gewesen wäre, gegen Herrn Lesenberg Stellung zu nehmen. Wir erkennen den Schulvorstand als richtige Vertretung der Bevölkerung nicht an. Die Herren Landwirte und der Pfarrer Otte aus Hohenhorn, die in dem Schulvorstande sind, können die Interessen der hiesigen Bevölkerung nicht wahrnehmen und sind auch nicht vom Vertrauen der Bevölkerung getragen. Die Herren sind ja auch, die bis zum März 1919 allein in der Gemeindevertretung waren, für diese nicht wiedergewählt worden. Dagegen sind von der Regierung früher von uns gewünschte Schulvorstandsmitglieder abgelehnt worden, weil sie Sozialdemokraten waren. Wir tragen also für die Arbeit des Schulvorstandes keine Verantwortung. Daß die Elternschaft selbst nicht bis zur Regierung in Schleswig ihre Klagen vorgebracht hat, liegt in der früheren, auch der Regierung bekannten staatsbürgerlichen Zurücksetzung des Volkes, für die wir ebenfalls keine Verantwortung übernehmen können."[10]

Eine Beendigung des Schulstreiks vor Ablösung des Lehrers Lesenberg lehnt der Elternrat ab. Außerdem läßt er keinen

[8] LAS 309/28362; Schreiben des Elternrats an die Regierung in Schleswig v. 19. 12. 1919.
[9] LAS 309/28362; Schreiben der Regierung in Schleswig an Herrn Carl W. Treis, Besenhorst v. 13. 1. 1920.
[10] LAS 309/29362; Schreiben des Elternrats an die Regierung in Schleswig, Abt. Kirchen und Schulwesen v. 17. 1. 1920.

Ein großer Teil der Lehrer hing auch nach 1918 immer noch an der Monarchie. Der Lehrer Lesenberg – hier mit einer Klasse aus Besenhorst – weigerte sich als glühender Monarchist, das Kaiserbild nach Errichtung der ersten deutschen Demokratie aus der Schule zu entfernen. Das Gebäude wurde allerdings zur Zeit unserer Geschichte nicht mehr als Schule benutzt (Aufnahme 1906).

Zweifel darüber aufkommen, daß die Besenhorster Eltern ihre Kinder dem Lehrer nicht mehr anvertrauen werden, welche Entscheidung die Regierung auch immer treffen wird. Das Angebot, zu einer Besprechung mit dem Bezirksschulrat zusammenzukommen, nimmt er an, macht aber zur Bedingung, daß an der Besprechung auch die Vorstände der beiden sozialdemokratischen Parteien am Ort teilnehmen können, weil diese an den vorbereitenden Beratungen beteiligt gewesen waren.

Das Gespräch zwischen Bezirksschulrat und Elternrat, das am 20. 1. 1920 stattgefunden hatte, scheint zur Zufriedenheit der Eltern verlaufen zu sein, denn mit dem 23. 1. 1920 wurde der Schulstreik für beendet erklärt. Aus gleichlautenden Zeitungsnotizen in den bereits erwähnten „Schwarzenbeker Nachrichten" und der sozialdemokratischen Tageszeitung „Hamburger Echo" ist zu entnehmen, daß sich der Bezirksschulrat bei seinen Gesprächen in Besenhorst davon überzeugt hat, daß die Erregung der Elternschaft berechtigt ist und er deshalb verfügt hat, daß der Lehrer Lesenberg zu Ostern versetzt und bis dahin beurlaubt wird.[11]

Für die Besenhorster Eltern ist die Sache damit erledigt. Lehrer Lesenberg wird zu Ostern 1920 nach Stellau in den Kreis Storman versetzt. Er selbst stellt die Sache in der Presse allerdings so dar, daß er bei dem Bezirksschulrat um Beurlaubung und Versetzung gebeten habe, weil es ihm nicht zuzumuten sei, weiterhin Zielscheibe ebenso unbegründeter wie gehässiger Angriffe zu sein. Beurlaubung und Versetzung hätten also lediglich den Zweck, ihn zu schützen, keineswegs, ihn zu bestrafen.[12]

Die Vorgänge in Besenhorst zeigen, daß in dieser Gemeinde

[11] Schwarzenbeker Nachrichten v. 29. 1. 1920. Hamburger Echo v. 26. 1. 1920.

[12] Schwarzenbeker Nachrichten v. 31. 1. 1920.

Consumanstalt der Pulverfabrik Düneberg mit Wohnhäusern der Arbeiter. In jedem Haus lebten zwei Familien. Zu jeder Wohneinheit gehörte auch ein Stück Gartenland. Viele dieser Häuser sind heute noch bewohnt (Aufnahme von 1920 – Foto: Hinzmann).

zur Jahreswende 1919/1920 von Resignation im Umgang mit der sich der politischen Erneuerung widersetzenden Bürokratie noch keine Rede sein konnte. Unter der Führung der Sozialdemokratie hatten sich die Bewohner dieses Arbeiterdorfes trotz der politischen Wirren im Jahr 1919 viel von dem Schwung und dem Willen zur Erneuerung aus der ersten Zeit der Revolution vom November 1918 bewahrt. Sie hatten trotz mancher Enttäuschung über das Verhalten der Regierung in Schleswig letzten Endes Erfolg. Die Sozialdemokraten in Besenhorst unterschieden sich damit wohltuend von der Gesamtpartei, bei der zu diesem Zeitpunkt bereits Verschleißerscheinungen und Resignation durch die ständige und oft vergebliche Auseinandersetzung mit den antidemokratischen Kräften aus Militär und Bürokratie nicht zu verkennen waren.

Abbrucharbeiten an der Pulverfabrik Düneberg um 1920. Die Fabrik, die während des Ersten Weltkrieges über 25 000 Beschäftigte hatte, wurde nach Kriegsende teilweise demontiert. Dadurch verloren auch viele Besenhorster Familien ihre Beschäftigungsmöglichkeit (Foto: Hinzmann).